

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	13
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Nachhaltigkeitskodex	30
Aus den Verbänden	31
Ehrenamt	31
Preise	32

SERVICE

Rezensionen	33
Internet	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Biodiversität: Neue Dekade soll Umweltbewusstsein voranbringen	

THEMEN DES MONATS

Ressourceneffizienz

Zwei Schritte vor, einer zurück

Der Rebound-Effekt schränkt die Wirkung von Effizienzprogrammen ein

Seite 2

Landwirtschaft

Mehr Ignoranz geht nicht

Die Agrarwende ist überfällig, doch die deutsche Landwirtschaftspolitik zeigt sich beratungsresistent

Seite 4

Nachhaltiger Konsum

Verbraucher bleiben in der Pflicht

Entscheidungen für nachhaltigen Konsum sind komplex, lassen sich aber nicht an Experten delegieren

Seite 6

Interview: Umweltbewegung

„Wahrheiten kritisch hinterfragen“

Die Umweltverbände müssen zusammenrücken und auch öffentlich Druck auf die Politik machen

Seite 23

THEMENHEFT

Strukturpolitik

Beilage

Nachhaltiger Konsum

Verbraucher bleiben in der Pflicht

Entscheidungen für nachhaltigen Konsum sind komplex, lassen sich aber nicht an Experten delegieren

Die bisher größte Konferenz zur nachhaltigen Konsumforschung in Hamburg hat gezeigt: Viele der Fragen, vor denen Verbraucherinnen und Verbraucher stehen, lassen sich nicht allgemeingültig beantworten. Stattdessen sind differenzierte Lösungen ein Schlüssel zum Ziel. Der andere Schlüssel heißt Freiwilligkeit – wo es möglich ist. ■ VON RALF GRÖTKER

Privaten Konsumenten und Konsumentinnen steht in der Regel nicht das nötige Wissen zur Verfügung, um die Nachhaltigkeit ihres Kaufverhaltens wirklich zu beurteilen. Mit dieser Behauptung kritisierte der Karlsruher Technikethiker Armin Grunwald das, was er die „Privatisierung der Nachhaltigkeit“ nannte.⁽¹⁾ Die Replik auf diese Kritik führte eine internationale wissenschaftliche Konferenz im vergangenen November in Hamburg bereits im Titel: „Sustainable Consumption – Towards Action and Impact“, kurz SuCo11. Ein Hauptthema der dreitägigen Konferenz war die Beurteilung der Auswirkungen individuellen Konsumverhaltens.

Die SuCo11 war ein „Kassensturz“ von etlichen Jahren gemeinsamer Anstrengung: Der Kongress verkörperte den Höhepunkt des Themenschwerpunkts „Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum“ aus dem Förderprogramm Sozial-ökologische Forschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Erstmals kamen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus einer Vielzahl von Disziplinen zusammen, die zu Fragen des nachhaltigen Konsums forschen: Soziologen, Psychologinnen, Ökonomen, Politikwissenschaftlerinnen und Ethiker. Präsentiert wurden über hundert Vorträge, zwei Roundtables sowie Poster. Mehr als 250 Teilnehmende reisten aus 30 Ländern an.

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: In der Tat mangelt es den Konsumentinnen und Konsumenten an Wissen, um die Nachhaltigkeit ihres Verhaltens in allen Facetten zu beurteilen. Nur: Bei den Expertinnen und Experten sieht es kaum besser aus. Die Materie ist unüberschaubar komplex. Die Probleme fangen damit an,

dass unter Nachhaltigkeit oft verschiedene Dinge verstanden werden. Das führt zu unterschiedlichen, zum Teil wenig kompatiblen Verfahren und Standards, um Nachhaltigkeit zu messen.⁽²⁾

Ist vegetarisch besser als Biofleisch?

Am stärksten fallen jedoch Probleme ins Auge, von denen man auf den ersten Blick gar nicht sagen kann, ob es dabei nur um verzwickte Entscheidungsfragen geht oder um Zielkonflikte. Sollte man zum Beispiel auf den Genuss von Fleisch völlig verzichten, weil Fleisch immer ressourcenintensiv in der Erzeugung ist, oder ist es besser, einen Sonntagsbraten beim Biobauern zu kaufen und damit eine nachhaltige Form der Landwirtschaft zu unterstützen?

Nach derzeitigem Wissensstand lässt sich lediglich sagen, dass es unter ökologischen Gesichtspunkten auf jeden Fall empfehlenswert ist, kein Fleisch zu essen. Die 1,8 Tonnen CO₂, die von den 7,5 Tonnen CO₂-Emissionen je EinwohnerIn und Jahr in Deutschland allein auf den Nahrungsmittelverbrauch entfallen, ließen sich bei entsprechender Umstellung der Ernährung auf die Hälfte reduzieren. Nach den auf der Konferenz vorgestellten Berechnungen verursacht eine vegetarische Ernährung nur 1,2 Tonnen CO₂ pro Jahr, eine vegane sogar lediglich 750 Kilogramm. Selbst eine Diät, die den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung folgt, liegt noch 22 Prozent unter dem durchschnittlichen CO₂-Ausstoß (S. 106).⁽³⁾

Schwieriger, wenn nicht gänzlich unmöglich wird ein Vergleich zwischen „kein Fleisch“ und „Biofleisch“ ausfallen oder generell zwischen „bio“ und „nicht bio“. Hier spielt der Expertendiskurs darüber mit hi-

nein, ob bio aufgrund des gegenüber der konventionellen Landwirtschaft höheren Flächenverbrauchs nicht in wesentlichen Aspekten sogar weniger nachhaltig sei. Hier scheint es sich eher nicht um ein Wissensdefizit zu handeln, das durch Expertenwissen leicht behoben werden könnte.

Zu viele Öko-, Bio- und Fairtrade-Label?

Im Vordergrund der Konferenz stand folgerichtig die Frage, wie Verbraucher befähigt werden könnten, Konsumententscheidungen besser auf ihre eigenen Wertmaßstäbe hin auszurichten – also bewusst einen Schwerpunkt auf Regionalität, auf Fairness oder auf ökologischen Landbau nach besonders hohen Standards zu legen. Zertifizierung oder Labelling ist ein Weg in diese Richtung. Allerdings bringt der Versuch, mit Siegeln mehr Übersicht und Orientierung zu bieten, auch neues Durcheinander. Label wie der Blaue Engel, das EU-Biosiegel, die Verbandszeichen der verschiedenen Bioverbände oder Fairtrade folgen keinem gemeinsamen Prinzip. Die Zertifikate werden mehr oder weniger rigoros vergeben, sie werden mal von privaten Organisationen verwaltet, mal durch Träger, die von der öffentlichen Hand kontrolliert werden. Außerdem werden unterschiedliche Aspekte von Nachhaltigkeit beachtet. Die Produktionskette wird dabei mal mehr, mal weniger komplett analysiert.

Das Öko-Institut wurde vor diesem Hintergrund vom Bundesverbraucherministerium beauftragt, ein Gutachten zur Verbesserung der Nachhaltigkeitszertifizierung zu erstellen. Verschiedene Optionen standen zur Auswahl, darunter die Schaffung eines neuen Zertifikats sowie eine Art „Zertifikat für Zertifikate“.

Interessanterweise entschieden sich die Expertinnen und Experten nach eingehender Prüfung für eine andere Variante: die informelle Beratung von Organisationen, die Zertifikate vergeben – mit dem Ziel, auf diese Weise einem (wenn auch unscharf definierten) allgemeinen Standard von „guter Zertifizierung“ ein Stück näherzukommen. Für die Wahl dieser Option sprachen auch Kosten-Nutzen-Erwägungen: Ein neues Zertifikat hätte erst eingeführt werden müssen; ein Meta-Zertifikat hätte neue Nachbarschaften hergestellt, die nicht allen Akteuren recht gewesen wären. Entscheidend war vor allem auch der Wunsch, bereichsspezifisches Know-how zu nutzen, statt nach einer Standardlösung zu greifen.

Den Haushalten Ökotechnik verordnen?

Zu ähnlichen Resultaten gelangten andere Nachhaltigkeitsforschende, die ihre Arbeiten auf der SuCo11 vorstellten. Anstelle von formalisierten Lösungen mit starkem Verpflichtungscharakter schnitten in der Evaluation solche Strategien besser ab, die auf Vielfalt und Eigenverantwortung setzen. Eine ganze Reihe von BMBF-Themenswerppunkten, der auch auf der Konferenz mit einer Reihe von Präsentationen vorgestellt wurde, befasste sich mit der Einführung von intelligenten Messsystemen zur Dokumentation des Energieverbrauchs in Privathaushalten, dem sogenannten Smart Metering. Insgesamt scheint die Ausgangslage auf dem Gebiet nicht besonders vielversprechend zu sein. Während 40 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher glauben, mithilfe von intelligenten Messsystemen monatlich mehr als fünf bis zehn Euro Stromkosten sparen zu können, sind über 90 Prozent nicht bereit, für ein solches Smart Meter mehr als einen Euro im Monat auszugeben (S. 153). Dessen ungeachtet konnten in Versuchen mithilfe von Smart Metering Einsparungen von 3,7 Prozent erzielt werden. Hier liegt der Schluss nahe: Wäre es nicht besser, wenn die Messsysteme einfach für alle Wohnungen vorgeschrieben würden? Eine Haushaltstypenanalyse kam zu einem anderen Ergebnis. Tatsächlich kann Smart Metering nur in einem Teil

der Haushalte nennenswerte ökonomische Vorteile erschließen. Die meisten Kilowattstunden lassen sich einsparen, wenn die Verwendung der intelligenten Messsysteme auf freiwilliger Basis erfolgt. Auch unter Effizienzgesichtspunkten verursacht die freiwillige Smart-Meter-Nutzung weniger Kosten pro eingesparte Kilowattstunde als eine Verwendungspflicht (S. 157).

Lösungen so verschieden wie Menschen

Immer wieder sprechen also Fallbeispiele dafür, dass beim privaten Verbrauch wie auch auf institutioneller Ebene das Zugeständnis von Freiwilligkeit und die Bereitschaft, auf die Besonderheiten konkreter Situationen einzugehen, besser zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen geeignet sind als von oben verordnete Generallösungen.

Wichtiger als der Streit um „private“ oder „öffentliche, politische“ Nachhaltigkeit scheint also ein genaues Verständnis darüber zu sein, wie auf einzelne Konsumfelder bezogene politische Interventionen aussehen können. Hoher Energieverbrauch im Haushalt beispielsweise lässt sich bei vielen älteren, alleinstehend lebenden Menschen beobachten, die in schlecht isolierten Häusern leben und mit Klimawandel oder Energieeffizienz wenig anfangen können. Hohe Heizkosten verursacht aber auch die „Öko-Elite“. Diese eher wohlhabende Klientel leistet sich nämlich relativ viel Wohnraum. So verschieden, wie die beiden Milieus sind, so verschieden müssten auch Interventionen zur Förderung nachhaltigeren Konsums gestaltet sein (S. 101).

Die Forderung nach ausdifferenzierten Interventionsansätzen unterstrichen auch die Keynote Speaker. So plädierte die Alltagssoziologin Elizabeth Shove von der Universität Lancaster in ihrem Eröffnungsvortrag dafür, anstelle einzelner Konsumhandlungen ganze Gewohnheitscluster in den Blick zu nehmen – also etwa anstelle der morgendlichen warmen Dusche, die das wöchentliche Bad verdrängt hat, die „Praxis des Nasswerdens“. Der Konsumforscher Alan Warde von der Uni Manchester betonte andererseits, wie sehr Konsumverhalten durch Gewohnheiten

geprägt ist und dementsprechend kaum durch bewusste Entscheidungen verändert werden kann.

Über solche eher allgemeinen Überlegungen hinaus kommt es aber auch darauf an, jene Felder möglichst klar zu umreißen, die durch moderate politische Maßnahmen zur Steuerung von Konsumverhalten kaum zu erreichen sein werden. Die auf der SuCo11 vorgestellten Milieuuntersuchungen, Haushaltssurveys und Ländervergleiche (S. 81) deuten an, wo die Grenzen „privater Nachhaltigkeit“ liegen könnten. Während etwa Ernährung durch Werte beeinflussbar ist, wird Mobilität eher durch sozio-demografische Faktoren bestimmt. Wer es sich leisten kann, möchte auf das eigene Auto, mit Sicherheit aber auf den Flug in den Urlaub nicht verzichten. Hier liegen deutliche Grenzen dessen, wofür der einzelne Verbraucher, die einzelne Verbraucherin aus freien Stücken Verantwortung übernehmen mag.

Anmerkungen

- ▶ (1) Grunwald, A. (2010): Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. GAIA 19/3, S. 178–182. – Die Debatte, die in GAIA durch den Beitrag ausgelöst wurde, ist dokumentiert auf: www.oekom.de/zeitschriften/gaia/archiv/archiv/heft/481.html
- ▶ (2) Vgl. dazu auch den Beitrag im Sammelband des Themenschwerpunktes: Fischer, D. u. a. (2011): Nachhaltiger Konsum: Wie lässt sich Nachhaltigkeit im Konsum beurteilen? In: Defila, R. u. a. (Hrsg.): Wesen und Wege nachhaltigen Konsums. Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt „Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum“. oekom, München, S. 73–88
- ▶ (3) Die Seitenzahlen hier und im Folgenden beziehen sich auf den Abstractband der Konferenz. Download: www.sustainableconsumption2011.org. Präsentationen und Poster werden aus Urheberrechtsgründen nicht veröffentlicht. Einzelanfragen an: soefkonsum@ikaoe.unibe.ch

Bei der Konferenznachbereitung wurde eine umfangreiche Argumentationskarte erstellt. Detailliert vorgestellt wird sie im Abschlussbericht: www.kurzlink.de/suco11-map.pdf

Der Kulturwissenschaftler und Journalist Ralf Grötter ist Wissenschaftsautor für Sozialforschung und Philosophie beim Journalistenbüro Schnittstelle in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 69001814,
E-Mail: groetker@explorat.de,
www.jb-schnittstelle.de

